

A **Leitantrag an den 9. Landesparteitag**

A.1 **Wirtschaftspolitische Leitlinien „Arbeiten, Wirtschaften und Leben – Diskussionsvorschlag zu einem Zukunftsprogramm für Sachsen“**

ÄA.1.31. Änderungsantrag zu den Wirtschaftspolitischen Leitlinien – Aktive, abgestimmte sowie sozial abgesicherte Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik

EinreicherInnen: Antje Feiks, Stefan Hartmann

Der Landesparteitag möge folgende Änderung beschließen:

Ändere die Zeilen 337-339 wie folgt:

Praktika sollten ausschließlich im Rahmen von schulischer Bildung, Ausbildung, Fortbildung, Studium sowie Qualifizierungsmaßnahmen zulässig sein. Sogenannte Einstiegspraktika, bei denen sich in der Regel junge Menschen mit Studienabschluss ohne oder mit nur geringer Berufserfahrung von Praktikum zu Praktikum hangeln, lehnen wir ab. Meistens verrichten diese Menschen vollwertige Arbeit im Rahmen der alltäglichen Betriebsabläufe, werden aber im Vergleich zur restlichen Belegschaft schlechter entlohnt. Unternehmen nutzen oftmals aus, dass Praktika anderen arbeitsrechtlichen Regelungen unterliegen als Arbeitsverträge.

Weiterhin fordern wir eine Qualitätssicherung der Praktika, denn sie sind Bestandteil von Ausbildung, Studium, Fortbildung usw. und sollten somit Mindeststandards unterliegen, so dass z.B. tatsächlich Betriebsabläufe kennengelernt werden.

Für all diese Vorschläge sind rahmengebende Gesetze notwendig.

Weiterhin soll es für Praktika in Unternehmen und im öffentlichen Dienst, außer bei Praktika bis max. 2 Wochen Länge (z.B. Schulpraktikum) eine bundesweit einheitliche gesetzliche Untergrenze der Ausbildungsvergütung geben. Die Vergütung und die Leistungen, welche PraktikantInnen beziehen dürfen eine die Mindestsicherung von 1050 Euro nicht unterschreiten. Gemeinnützige Vereine sollen aus dieser Regelung ausgenommen werden.

Begründung:

Praktika sind Bestandteil von Aus-, Fort- oder Weiterbildung. Dementsprechend sollte deren Vergütung den Vorschlägen der LINKEN für eine Ausbildungsvergütung folgen, nicht jedoch den Forderungen eines guten Arbeitslohnes. Damit würde der unangemessene Missbrauch von PraktikantInnen als (billige) Arbeitskräfte eine Legitimation erhalten und der Ausbildungsaspekt der Praktika in den Hintergrund rücken.

Entscheidung des Parteitages

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____